



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

2. Sitzung (öffentlich)

8. Oktober 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Die Innovations-, Wissenschafts-, Forschungs- und
Technologiepolitik in der 15. Wahlperiode 5**

– Ministerin Schulze (MIWF) berichtet 5

– Aussprache 5

**2 Für ein NRW mit mehr Bildungsbeteiligung und Chancengleichheit –
Studiengebühren abschaffen und in Lehre investieren 6**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/23 – Neudruck

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Abschaffung von Studiengebühren in NRW
(„Studienbeiträge“ nach StGAG)**

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/30

Und:

Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/97

Sowie:

Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen: Sichere Qualität faire Bedingungen, gute Chancen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/126

- Aussprache

6

Nach Wortmeldungen aus den **Fraktionen** verständigt sich der **Ausschuss** darauf, in einem Obleute-Gespräch nach der heutigen Sitzung den Schlüssel für die Anzahl der Einzuladenden abzustimmen. – Die Anträge der SPD und Der Linken haben sich durch die Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung erledigt und werden von den Parlamentarischen Geschäftsführern für erledigt erklärt werden müssen.

Die Anhörung wird in der Sitzung am 17. Dezember ausgewertet. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs schließt sich an.

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

- Ministerin Schulze (MIWF) berichtet
- Aussprache

8

8

4	Aktueller Umsetzungsstand der BAföG-Reform	10
	– Ministerin Schulze (MIWF) berichtet	10
	– Aussprache	11
5	Auswirkungen der vorgenommenen Umorganisation auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung / Kosten der Umbenennung	13
	– Bericht der Landesregierung	
	– Ministerin Schulze (MIWF) berichtet	13
	– Aussprache	13
6	Sachstand Bundesstipendienprogramm	15
	– Ministerin Schulze (MIWF) berichtet	15
	– Aussprache	16
7	Lohndumping durch Leiharbeit am Uniklinikum Essen beenden	18
	Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/35	
	– Aussprache	18
8	Entsendung von Mitgliedern in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung	21
	– Dr. Berger (CDU) berichtet	21
	Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, als ordentliche Mitglieder Dr. Stefan Berger (CDU) und Iris Preuß-Buchholz (SPD) sowie als Stellvertreter Stefan Wiedon (CDU) und Georg Fortmeier (SPD) in die Stiftung zu entsenden.	

9	Verschiedenes	22
	a) Verfahrensabsprache	
	– Aussprache	22
	Der Ausschuss erklärt sich mit dem geschilderten Prozedere einverstanden.	
	b) Nächste Sitzung	
	– Information des Ausschussvorsitzenden	22

* * *

2 Für ein NRW mit mehr Bildungsbeteiligung und Chancengleichheit – Studiengebühren abschaffen und in Lehre investieren

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/23 – Neudruck

In Verbindung mit:

Gesetz zur Abschaffung von Studiengebühren in NRW („Studienbeiträge“ nach StGAG)

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/30

Und:

Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/97

Sowie:

Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen: Sichere Qualität faire Bedingungen, gute Chancen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/126

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) spricht sich dafür aus, die vorgelegten Anträge im Anschluss an die Anhörung zu besprechen, die heute beantragt werde. Zunächst sollten alle Expertinnen und Experten gehört werden.

Ausschussvorsitzender Arndt Klocke informiert bei der Gelegenheit über eine Verständigung aus einem Obleute-Gespräch im Anschluss an die konstituierende Sitzung. Am 26. November 2010 solle eine Anhörung durchgeführt werden. Heute sollen die Einzuladenden benannt werden. Anregungen und Wünsche könnten bis zum 12. Oktober eingereicht werden.

Der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss habe sich mit ihm zu gegangenen Anträgen befasst und signalisiert, dass er bei der Anhörung mitberatend einbezogen werden wolle. Bezüglich vom Haushalts- und Finanzausschuss vorgeschlagener Sachverständiger solle Rücksprache gehalten werden. – Der **Ausschuss** stimmt dem zu.

Nach Wortmeldungen aus den **Fraktionen** verständigt sich der **Ausschuss** darauf, in einem Obleute-Gespräch nach der heutigen Sitzung den Schlüssel für die Anzahl der Einzuladenden abzustimmen. – Die Anträge der SPD und Der Linken haben sich durch die Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung erledigt und werden von den Parlamentarischen Geschäftsführern für erledigt erklärt werden müssen.

Die Anhörung wird in der Sitzung am 17. Dezember ausgewertet. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs schließt sich an.